

attraktiv. Durch die Ausweitung des Deckungsbereichs könnte dann verhindert werden, dass der Anteil der Abzüge an der Lohnsumme immer weiter zunimmt. Nach Schätzungen eines Weltbankökonomens würde er beim jetzigen System bis 2005 auf 27%, bis 2030 auf 45% und bis 2050 auf 60% ansteigen müssen, um alle Rentenzahlungen zu gewährleisten (WSJ, 9.2.04).

Auch die Behandlung der „freigesetzten“ Arbeitskräfte (*xiagang zhigong*) wird sich, wie von Wen angekündigt, künftig ändern. Sie erhalten bisher von den Staatsbetrieben weiter Unterhaltszahlungen und haben auch noch ein Arbeitsverhältnis. Gedacht war, sie über Wiederbeschäftigungszentren, die vielfach von den Unternehmen unterhalten werden, fortzubilden und wieder in den Arbeitsbetrieb einzugliedern. Dies wird allerdings angesichts der fortschreitenden Reform der Staatsunternehmen und der weiteren Verringerung von deren Belegschaften zunehmend unmöglich, so dass die Wiederbeschäftigungszentren schrittweise geschlossen, die Arbeitsverhältnisse beendet und die „Freigesetzten“ wie Arbeitslose behandelt werden sollen. Dann muss sich allerdings auch die Rolle der Arbeitsämter weiter ändern und deren Aufgaben in der Arbeitsvermittlung zunehmen.

Angesichts des Wandels in den Arbeitsverhältnissen und der Zunahme von Teilzeitarbeit hat das Arbeitsministerium neue Regelungen zum Minimallohn herausgegeben, die am 1. März in Kraft traten. Diese definieren zwei Arten von Minimallöhnen, ein monatliches Minimum und ein stündliches. Ersteres soll u.a. die Lebenshaltungskosten und das örtliche Preisniveau, den Durchschnittslohn und die Arbeitsmarktlage berücksichtigen, Letzteres die Abzüge für die Sozialversicherungen und die Arbeitsbedingungen. Unterschiedliche Standards sind auch innerhalb von Provinzen und Städten erlaubt. Die lokalen Gewerkschaften sollen konsultiert werden (XNA, 6.2.04, nach BBC PF, 7.2.04).

Deutlich wird die Gefahr künftiger sozialer Konflikte, wenn man bedenkt, dass bisher nur die Städter über eine Sozialversicherung verfügen; 80% der Chinesen verfügen über keine Ren-

tenversicherung und 90% der Bevölkerung sind nicht krankenversichert. Von besonderer Wichtigkeit, erklärte der Arbeitsminister Zheng Siling auf einer Pressekonferenz, sei daher der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems auf dem Lande. In den entwickelten Küstengebieten habe man damit bereits begonnen, insgesamt werde es aber lange Zeit dauern, bis ein umfassendes System geschaffen sei. Insofern sei derzeit der Schutz des Agrarlandes von größter Bedeutung, da es eben für die Bauern die Grundsicherung biete. Wenn Agrarland anderweitig genutzt werden solle, müssten sowohl die Kompensationen für die Bauern angemessen sein als auch Maßnahmen zu ihrer Beschäftigung getroffen werden (XNA, 9.3.04, nach BBC EF, 11.3.04; XNA, 9.3.04).

Der Nationale Volkskongress machte die Bedeutung der sozialen Sicherung durch zwei Änderungen in der Verfassung deutlich. In Artikel 14 wurde Absatz 4 hinzugefügt: „Der Staat baut ein Sozialversicherungssystem, das dem Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung entspricht, auf und verbessert dies.“ Und in Artikel 10 wurde in Absatz 3 zur Landnutzung die Pflicht zur Entschädigung ergänzt: „Der Staat kann sich in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen Grund und Boden aneignen und beanspruchen, wenn dies öffentliche Interessen erfordern, wobei Entschädigungen geleistet werden.“ (Alle Änderungen unter <http://www.10thnpc.org.cn/german/103517.htm>) -gs-

18 Vogelgrippe besiegt

Am 16. März hat China den Kampf gegen die Vogelgrippe für beendet erklärt. Laut einem Sprecher des Landwirtschaftsministeriums seien alle 49 bestätigten Fälle ausgerottet und seit einem Monat habe es keine neuen Erkrankungen von Tieren mehr gegeben. Zugleich warnte er jedoch davor, durch Nachlässigkeiten die Seuche wieder auftreten zu lassen, zumal sie in anderen Ländern wie Thailand noch nicht besiegt ist. Insgesamt hatte Beijing neun Millionen Stück Geflügel schlachten lassen. Zu einer Übertragung auf Menschen war es nach chi-

nesischen Angaben nicht gekommen (HB, 17.3.04; FT, 17.3.04).

Zur künftig besseren Vorsorge und Behandlung von Infektionskrankheiten hat der Staatsrat am 16. März eine Ergänzung des entsprechenden Gesetzes vom September 1989 angenommen (XNA, 16.3.04, nach BBC PF, 18.3.04). Dass Krankheiten wie SARS oder AIDS die VR China überhaupt so hart treffen konnten, nachdem man nach 1949 sich über 30 Jahre intensiv um den Aufbau eines öffentlichen Gesundheitswesens bemüht hatte, führt der Gesundheitsexperte Li Liming, Direktor des nationalen Zentrums für die Kontrolle von Krankheiten, auf die dramatische Vernachlässigung des Gesundheitswesens, auf mangelnde Investitionen und falsche Entwicklungsansätze zurück. Trotz steigender absoluter Investitionen seit 1992 sei der Anteil der Gesundheitsausgaben am Haushalt gesunken und habe in den Jahren 1995/96 seinen Tiefpunkt erreicht. Da die Ausgaben vor allem lokal getätigt würden, haben sich große regionale Ungleichheiten entwickelt. Vor allem SARS habe dies traumatisch deutlich gemacht. Jetzt habe die Regierung die Bedeutung des öffentlichen Gesundheitswesens erkannt und auch in der AIDS-Frage eine Wende vollzogen (XNA, 3.3.04). -gs-

Außenwirtschaft

19 China gewinnt als Absatzmarkt und Produktionsstandort für deutsche Unternehmen weiter an Bedeutung

Auch deutsche Unternehmen profitieren vom enormen Importbedarf Chinas. Im Durchschnitt stiegen die Einfuhren im Jahr 2003 um 39,9% auf 412,8 Mrd. US\$. Importe aus Deutschland nahmen nach ersten Schätzungen im Vergleich zum Vorjahr um 26% zu und erreichten ein Niveau von 18,3 Mrd. Euro. (NfA, 24.2.04) Im Jahre 2002 lagen die Einfuhren aus Deutschland bei einem Wert von 14,5 Mrd. Euro.

Für den deutschen Großanlagenbau stand China mit einem Bestellvolu-

men von 1,4 Mrd. Euro erneut an der Spitze der Kundenländer. Die Arbeitsgemeinschaft für Großanlagenbau erwartet nicht, dass sich an dieser Situation kurzfristig durch Maßnahmen der Regierung gegen eine wirtschaftliche Überhitzung etwas ändern wird. Allerdings berichtet die Arbeitsgemeinschaft, dass bei Verhandlungen mit den chinesischen Abnehmern verstärkt Forderungen nach höherem *local content* und stärkerem *Know-how*-Transfer erhoben werden. (NfA, 25.3.04)

Beim Import Chinas von Werkzeugmaschinen konnten deutsche Unternehmen im Jahr 2003 einen besonders hohen Zuwachs ihrer Lieferungen verbuchen. Der Exportwert der Werkzeugmaschinen erreichte 393 Mio. Euro, ein Anstieg um 46% gegenüber 2002. Insgesamt wies Chinas Markt für spannende und umformende Werkzeugmaschinen nach Angaben von Gardner Publications einen Wert von 7,4 Mrd. US\$ auf. Nach chinesischen Angaben betrug das Importvolumen in den ersten drei Quartalen 2003 rd. 4,3 Mrd. US\$ (+36%). Für das laufende Jahr wird ebenfalls mit einer starken Zunahme der Importe aus Deutschland gerechnet. Einer Umfrage der KPMG nach weisen 98% der befragten Unternehmen Geschäftsbeziehungen mit China auf, mehr als die Hälfte exportieren nach China und ein Drittel produziert dort bereits auch. (NfA, 29.3.04)

Es wird davon ausgegangen, dass die Nachfrage nach ausländischen und damit auch deutschen Werkzeugmaschinen trotz eigener Modernisierungsanstrengungen chinesischer Unternehmen weiter anhalten wird. Als Ursachen hierfür gelten das schnelle Wachstum der Industrie, insbesondere der Kfz- und Teileindustrie, der Luftfahrtindustrie, der IT-Industrie und des Maschinenbaus, die alle NC-gesteuerte Hochgeschwindigkeits- und Präzisionsmaschinen aus dem Ausland benötigen. Die höhere Qualität der importierten Maschinen führte in den ersten drei Quartalen 2003 trotz geringer Zunahme der Stückzahl zu einer Steigerung des Ausfuhrwertes um 35%. (NfA, 29.3.04)

Deutsche Unternehmen aus den verschiedensten Branchen nutzen verstärkt die attraktiven Rahmenbedin-

gungen Chinas, um dort zu produzieren. Jüngstes Beispiel ist die Pfaff Industrie Maschinen AG Kaiserslautern, deren größter Teil der Produktion künftig in Shanghai stattfinden soll. Das Unternehmen hat allerdings schon seit 1987 seine Belegschaft von ehemals 10.000 Mitarbeiter auf derzeit noch rd. 850 reduziert. 650 Arbeitsplätze sollen nun nach Shanghai verlagert werden, während die restlichen für Entwicklung, Vertrieb, Verwaltung und Bau von Sondermaschinen bestehen bleiben sollen. (FAZ, 10.3.04) Das Unternehmen BBS Kraftfahrzeugtechnik AG, Schiltach, verlagert seine Produktion dagegen nicht von Deutschland nach China, sondern setzt mit der Gründung eines deutsch-chinesischen Gemeinschaftsunternehmens auf eine Verdoppelung der Produktion von Leichtmetallrädern. Neben niedrigen Löhnen wird von einer preisgünstigen Zulieferung des Rohstoffes Aluminium ausgegangen, da in unmittelbarer Nähe des Gemeinschaftsunternehmens eine Aluminiumhütte errichtet wird. Bei der Produktion von Leichtmetallrädern entfallen mehr als die Hälfte des Umsatzes von BBS auf Materialkosten. (FAZ, 1.4.04)

Deutsche Großunternehmen wie BASF, Siemens und VW sind dabei, ihre Position in China weiter auszubauen. So will BASF fast 2 Mrd. Euro in China investieren, und zwar im gesamten Zeitraum 2001 bis 2005. Damit entfällt auf China vom gesamten Investitionsvolumen der BASF in Asien von 5,6 Mrd. Euro die größte Einzelinvestition. Es wird damit gerechnet, dass der Markt für Polyurethane in China in den kommenden zwölf Jahren um 10% pro Jahr zunimmt und China 2015 der weltweit größte Markt ist. Im Jahr 2010 wird China bereits der größte Markt für Chemikalien in Asien sein, dann vor Japan. Bis dahin will die BASF den Asienanteil ihres weltweiten Chemieumsatzes auf 20% von derzeit 14% erhöhen. In Asien sollen 70% des Umsatzes von heute 50% durch Produktion vor Ort realisiert werden. Im letzten Jahr trugen China, Hongkong und Taiwan zusammen bereits 35% bzw. 1,6 Mrd. Euro zum Asiengeschäft bei; dies waren 5% des globalen Umsatzes. Die Gesamtzahl der Beschäftigten in China liegt

bereits bei über 3.000 Arbeitskräften. (HB, 30., 31.3.04)

Ende März d.J. wurde in Caojing bei Shanghai der Grundstein für einen Chemiepark der BASF zusammen mit Huntsman (USA) als ausländischem Partner sowie den chinesischen Unternehmen Shanghai Hua Yi, Shanghai Clor-Alkali und Sinopec Shanghai Gao Qiao Petrochemical gelegt. In der Isocyanat-Anlage sollen ab 2006 jährlich 400.000 t Ausgangsmaterialien für Polyurethane produziert werden. Dieser Kunststoff wird in der Produktion von Kühlschränken, Matratzen sowie in der Kfz-, Bau- und Textilindustrie benötigt. (HB, 30.3.04)

VW will auch in den nächsten Jahren eine Schlüsselrolle auf dem chinesischen Markt spielen und dafür seine Produktionskapazitäten weiter ausbauen. So wird derzeit das Gemeinschaftswerk mit FAW in Changchun, Nordostchina, um eine Kapazität von 300.000 Fahrzeugen erweitert. Mit den lokalen Partnern SAIC in Shanghai und der FAW bestehen Expansionspläne, die bis 2008 Investitionen von 5-6 Mrd. US\$ vorsehen. Hierzu zählt neben dem Ausbau in Changchun auch die Überlegung einer weiteren Produktionsanlage in Shanghai. Der Ausbau der Produktion wird als notwendig angesehen, um mit der schnellen Entwicklung der Kfz-Nachfrage Schritt halten zu können. So ist der Marktanteil von VW Schätzungen zufolge auf rd. ein Drittel gesunken, obwohl im letzten Jahr 679.000 Pkw verkauft wurden. Die Konkurrenzsituation auf dem chinesischen Markt hat sich allerdings verschärft, und der Wettbewerb wird Experten zufolge weiter zunehmen. Hintergrund sind die steigenden Rohstoffpreise, die die Herstellung verteuerten, während gleichzeitig die Verkaufspreise sinken. (HB, 24.3.04)-schü-

20 Handelskonflikte zwischen den USA und China

Konflikte im bilateralen Außenhandel zwischen den USA und China haben sich in den letzten Wochen zugespitzt. Hintergrund hierfür sind einerseits Beschwerden von US-amerikanischen Halbleiterlieferanten, dass sie durch das chinesische Steuersystem diskriminiert werden. Ande-

rerseits kritisieren amerikanische Gewerkschaften die Lohnpolitik chinesischer Unternehmen, die sich durch „Lohndumping“ unfaire Vorteile verschaffen würden.

Am 18.3.04 reichten die USA erstmals eine formale Beschwerde bei der WTO mit der Begründung ein, dass die Steuerpolitik die US-Halbleiterindustrie schlechter stellt als die chinesischen Unternehmen. In einer Stellungnahme sagte der US-Handelsbeauftragte Robert B. Zoellick dazu: „The bottom line is that China is discriminating against key U.S. technology products, it's wrong, and it's time to pursue a remedy through the WTO.“ (*The Washington Times*, 19.3.04) Entsprechend den WTO-Regeln werden die USA und China nunmehr 60 Tage Zeit für weitere Gespräche und Beratung haben, bevor eine neue Runde des Streitschlichtungsverfahrens eingeleitet wird. (XNA, 26.3.04)

Von der US-amerikanischen Seite wird angeführt, dass auf den Import von Halbleitern Mehrwertsteuern in Höhe von 17% erhoben werden. Obwohl dieser Steuersatz auch für inländische (chinesische und ausländische) Hersteller von Halbleiterprodukten gilt, können diese eine Steuerrückerstattung in einem Umfang von 14% in Anspruch nehmen. Diese Regelung benachteiligt nach China exportierende US-Unternehmen im Vergleich zu inländischen Unternehmen und widerspricht demnach dem WTO-Prinzip der Gleichbehandlung. Befürchtet wird von der US-amerikanischen Halbleiterindustrie außerdem, dass der Steuervorteil für in China produzierende Unternehmen ein Grund für die Verlagerung von Arbeitsplätzen der US-Halbleiterindustrie in die VR China werden könnte. In dieser Industrie arbeiten derzeit rd. 255.000 Beschäftigte, und die US-Halbleiterindustrie hat einen globalen Marktanteil von rd. 50%. (IHT, 19.3.04)

Für die USA ist der Export von Halbleiterprodukten nach China inzwischen allerdings von besonderer Bedeutung und schafft auch Arbeitsplätze. Der Wert dieser Exporte belief sich im letzten Jahr auf 2,45 Mrd. US\$ und Halbleiter sind damit nach der Ausfuhr von Sojabohnen die zweitwichtigsten Produkte. (IHT, 19.3.04)

Ende März kündigte das Handelsministerium auf seiner Webseite an, dass es die Forderung der USA akzeptiert und bereit ist, über die Frage der Mehrwertsteuer für Halbleiter Gespräche zu führen. (XNA, 26.3.04) Ob die chinesische Seite durch Verhandlungen Zeit gewinnen will oder ob tatsächlich eine Bereitschaft existiert, diese industriepolitische Förderung der Halbleiterindustrie aufzugeben, bleibt abzuwarten. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass die chinesische Regierung auf die Absorbierung von Auslandskapital und -technologie auch in diesem Sektor setzt. Neben steuerlichen Vorteilen bietet China günstige Rahmenbedingungen für die Ansiedlung ausländischer Halbleiterunternehmen wie kostenlose Landnutzung. Bisher muss China noch mehr als 80% der Halbleiter einführen; Chinas globaler Marktanteil liegt bei ca. 3%. (FT, 2.4.04; HB, 18.3.04)

Der Frage, wie die Zentralregierung mit diesem Konflikt umgeht, wird große Bedeutung für die bilateralen Handelsbeziehungen insgesamt zugemessen. So ist das hohe US-amerikanische Handelsdefizit von 124 Mrd. US\$ (US-Statistiken) ein sehr sensibles Thema während des laufenden Wahlkampfes in den USA. (FT, 2.4.04)

Neben diesen Auseinandersetzungen um Chinas Steuerpolitik schwelt außerdem ein Konflikt über Fragen des Lohndumping. US-amerikanische Gewerkschaften unter der Schirmherrschaft des Dachverbandes AFL-CIO haben eine Petition bei der Regierung eingereicht, mit der die Verletzung der Arbeitnehmerrechte in China untersucht und gegebenenfalls Handelsanktionen verhängt werden sollen. Aus Sicht der Gewerkschaften wurde durch die Verletzung der Arbeitnehmerrechte ein unfairer Wettbewerb ausgelöst, der zu einem Verlust von 700.000 Arbeitsplätzen in den USA geführt hat. (FT, 17.3.04)

Eine Untersuchung des Cato Institutes in Washington, die sich auf Arbeitsmarktstatistiken stützt, widerspricht dieser Interpretation jedoch. So lag die Zahl der Beschäftigten im Februar d.J. bei 138,3 Mio., ein Jahr zuvor bei 1 Mio. Beschäftigten weniger, und vor 10 Jahren waren es rd. 16 Mio. Beschäftigte weniger. Wür-

den mehr Arbeitsplätze verloren gehen als geschaffen, so das Cato Institute, müsste sich diese Entwicklung in der Arbeitsmarktstatistik niederschlagen. Auch die Einkommen der Beschäftigten wären nicht gesunken, sondern die realen Stundenlöhne seien weiter gestiegen. (FAZ, 22.4.04) -schü-

21 Auslandsverschuldung und Devisenreserven gestiegen

Ende Dezember 2003 lag die Auslandsverschuldung nach Angaben der State Administration of Foreign Exchange (SAFE) bei 193,634 Mrd. US\$, ein Anstieg um 13% im Vergleich zum Ende des Jahres 2002.

Der Anteil der mittel- und langfristigen Schulden sank auf 60,21% bzw. auf 116,59 Mrd. US\$ gegenüber 68,5% Ende 2002. Demgegenüber stiegen die kurzfristigen Schulden auf 39,79% und erreichten eine Höhe von 77,044 Mrd. US\$; 2002 hatte der Anteil bei 31,43% gelegen.

Die Auslandsschulden stiegen vor allem seitdem der US\$-Zinssatz im Juli 2003 unter den von der Zentralbank bestimmten Kreditzins für Kredite in Landeswährung gefallen ist. Der Zinssatz für Kredite mit einer Laufzeit von einem Jahr liegt seit Februar 2002 bei 5,31%; die Einlagenzinsen betragen 1,98% für eine Laufzeit von ebenfalls einem Jahr. Der Unterschied in den Zinsen für US\$-Kredite und Yuan-Kredite trug dazu bei, dass Unternehmen stärker Kredite im Ausland aufnahmen, sodass dadurch auch das Volumen der kurzfristigen Verschuldung zunahm.

Aufgrund der hohen Devisenreserven wird die Auslandsverschuldung nicht als größeres Problem eingeschätzt. Die Devisenreserven erreichten im Januar 2004 einen Wert von 415,72 Mrd. US\$. Damit weist China das zweithöchste Volumen weltweit auf, hinter Japan. (<http://www.safe.gov.cn/News/N255.htm>; AWSJ, 1.4.04) Ende des Jahres 2003 hatten die Devisenreserven 403,25 Mrd. US\$ ausgemacht. (AWSJ, 8.3.04)

Als Ursache für die Ausweitung der Devisenreserve weist eine Studie der Bank of International Settlement (BIS) auf den Zufluss von US-Dollar-Beständen hin, die chinesische Spa-

rer im Ausland gehalten haben und die sie aufgrund der Erwartung einer Yuan-Aufwertung nach China transferierten. Die BIS schätzt, dass in den ersten neun Monaten des letzten Jahres rd. 23 Mrd. US\$ von Sparkonten chinesischer Anleger im Ausland nach China zurücküberwiesen wurden. (AWSJ, 8.3.04)

Zum Zufluss von „hot money“ nahm auch Guo Shuqing, Direktor der SAFE Stellung. Guo zufolge werde der Druck auf den Yuan im Verlauf des Jahres nachlassen, und diejenigen, die Spekulationsmotive mit dem Rücktransfer von Devisen nach China verbunden hätten, würden Verluste hinnehmen müssen. So rechnet Guo damit, dass sich die Wirtschaft in den USA und anderen Industrieländern erholen werde und die Zinsen in den USA wieder steigen werden. (AWSJ, 8.3.04) Weiterhin weise China bereits in den ersten zwei Monaten d.J. ein relativ hohes Handelsbilanzdefizit auf. (ST Interactive, 8.3.04)

SAFE kündigte Anfang März d.J. an, dass die Devisenkontrolle hinsichtlich des Kaufs von Devisen durch Privatpersonen, beispielsweise für chinesische Studenten, die im Ausland studieren wollen, in diesem Jahr weiter gelockert werden wird. Für Studenten, die ihr Studium und den Aufenthalt selbst finanzieren müssen, gilt ein Betrag von 20.000 US\$. Wird ein höherer Betrag benötigt, muss dies nachgewiesen werden.

Für Unternehmen, die ihre Auslandspräsenz ausbauen oder Ausstellungen durchführen wollen, werden ebenfalls Devisen in größerem Umfang bereitgestellt. (XNA, 6.3.04)

Anfang März d.J. kündigte Guo weiterhin an, dass China innerhalb der nächsten 5-6 Jahre die Konvertibilität der Währung auch für die Kapitalverkehrsbilanz einführen werde – allerdings erst nachdem die Sanierung der Banken beendet sei. -schü-

22 Greenspan warnt vor Freigabe des Yuan-Wechselkurses

Im Rahmen einer Anhörung vor dem Bankenausschuss im US-Senat warnte der Vorsitzende der amerikanischen Notenbank Alan Greenspan vor den Folgen einer Freigabe des Wechselkur-

ses der chinesischen Währung. Aufgrund der Probleme im Bankensystems könnten die Einleger bei einer Freigabe des Wechselkurses und Aufgabe der Kapitalverkehrskontrollen massiv Sparguthaben abziehen und im Ausland anlegen. Dies könne zu einer Schwächung der Banken führen und auch negative Effekte für die Weltwirtschaft mit sich bringen. Vor einer Liberalisierung müsse demnach erst das Bankensystem saniert werden, das uneinbringliche Kredite von bis zu 50% aufweise.

Indem Greenspan auf notwendige Maßnahmen wie Stärkung der Bankenregulierung, Rekapitalisierung und Abstinenz des Staates bei Kreditvergabeentscheidungen hinwies, unterstützte er implizit die derzeitige Politik der chinesischen Regierung. Notwendig seien auch, so Greenspan, die Ausbildung von Bankmanagern, neue Verhaltensanreize und die Fähigkeit der Banken, Kreditrisiken zu bewerten und dementsprechend Kredite zu vergeben. (AWSJ, 2.3.04)

Während eines Zusammentreffens zwischen Vertretern des Internationalen Währungsfonds und Zentralbankpräsident Zhou Xiaochuan in Washington Ende März d.J. stand die Reform des chinesischen Finanzsektors im Vordergrund der Gespräche, nicht die Frage des Wechselkurses. Zhou zufolge wurde das Thema ebenfalls nicht beim Treffen mit US-Finanzminister Snow direkt diskutiert. Es ging vielmehr um Fragen der technischen Kooperation zwischen der Zentralbank und dem Finanzministerium.

Zhou nahm auch zum Kommentar von Greenspan Stellung, der auf die Möglichkeit einer Überhitzung der chinesischen Wirtschaft hinwies, die durch den starken Zufluss von US-Dollar ausgelöst werden könnte. Zhou stimmte zu, dass hierdurch die Geldmenge in China steigen könnte, doch habe die Zentralbank bereits im Rahmen ihrer Geldpolitik damit begonnen, Liquidität aus dem Kreislauf zu nehmen. (EBC PF, 27.3.04)

Ein Sprecher des Finanzministers Snow wies in einem Interview darauf hin, dass dieser durchaus die Position der US-Regierung gegenüber Zhou vertreten habe. So sei die Sicht der USA, dass das internationale Handelssystem am besten auf der Basis ei-

nes freien Handels, freier Kapitalflüsse und flexibler Wechselkurse funktioniere. Angekündigte wurde auch, dass in Kürze ein Vertreter der US-Regierung als Berater nach Beijing entsandt würde, der China beim Übergang zu einem flexiblen Wechselkurssystem unterstützen soll. (AWSJ, 26.3.04)

Trotz des vielfältigen Drucks der US-Wirtschaft und von Vertretern der Bush-Administration, den Wechselkurs freizugeben und die Währung aufzuwerten, hat sich die Position der chinesischen Regierung sowie der Zentralbank, die keine unabhängige Position vertritt, nicht verändert. Der Außenwert des Yuan soll im Wesentlichen stabil gehalten werden, da dies der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas diene. (FT, 12.3.04; NZZ, 3., 12.3.04) -schü-

Binnenwirtschaft

23 Ist die Konjunktur überhitzt?

Die Debatte, ob nur bestimmte Sektoren Überhitzungstendenzen aufweisen oder ob bereits eine konjunkturelle Überhitzung insgesamt besteht, hat neue Nahrung durch die Wirtschaftsergebnisse der ersten Monate d.J. erhalten. So nahm die Industrieproduktion im Januar und Februar um 16,6% im Vergleich zur Vorjahresperiode zu. Im Februar erhöhte sich die industrielle Wertschöpfung sogar um 23,2% gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Telekommunikationsindustrie und die metallurgische Industrie waren die treibenden Kräfte für diese weiterhin hohe Wachstumsrate in den ersten zwei Monaten d.J., sie trugen mit 13,1% und 12,3% zum gesamten industriellen Wachstum bei. Obwohl der Zuwachs bei den Ausfuhren von Industrieprodukten leicht zurückging, verzeichneten die Exporte in den Monaten Januar und Februar d.J. doch noch eine Zunahme von 26,3%. (XNA, 10.3.04) Allerdings stiegen die Importe weitaus schneller, sodass sich ein Außenhandelsdefizit von rd. 8 Mrd. US\$ ergeben hat. (FT, 2.4.04)

Nach Einschätzung von Experten hat sich das Wachstumsmuster noch